

## Kurzberichte

### Die österreichische Erdgasversorgung

Erdgas findet in verschiedenen Industriestaaten immer mehr Verwendung. Am frühesten begannen die Vereinigten Staaten mit der Verwertung von Erdgas. Bereits 25% des Verbrauches von Primärenergie entfallen dort auf Erdgas (1957). In Europa wurde Erdgas in Rumänien frühzeitig verwertet (1957: 4,6 Mrd.  $m^3$ ), nach dem Krieg folgte Italien, das damit 9% seines Energiebedarfes decken kann. Neuestens entwickelt Frankreich großzügig die ungemein ergiebigen Erdgasfelder von Lacq und denkt sogar an Erdgastransporte aus der Sahara. Auch die Sowjetunion schenkt der Verwertung ihres Erdgases immer mehr Beachtung. Ihr Erdgasverbrauch war früher unbedeutend, stieg aber von 14 Mrd.  $m^3$  (1954) auf 30 Mrd.  $m^3$  (1958) und soll bis 1965 150 Mrd.  $m^3$  erreichen. Der Erdgasverbrauch der USA beträgt dagegen schon jetzt 325 Mrd.  $m^3$  (1957).

Soweit Erdgas bei der Erschließung von Erdölvorkommen anfällt, kann es ohne größere Nebenkosten gewonnen werden. Wenn die Leitungen gelegt sind, ist kein weiterer Investitionsaufwand erforderlich, die Betriebskosten sind gering. Allerdings läßt sich Erdgas schwer speichern. Infolge seines hohen Heizwertes ( $8\,500\text{ kcal/Nm}^3$ ) und der geringen Förder- und Transportkosten ist der Kalorienpreis niedriger als bei den meisten anderen Brennstoffen. Weitere Vorteile für den Konsumenten sind die bequeme, arbeit- und platzsparende Verwendung (keine Lagerhaltung notwendig). Ganz abgesehen von seiner Nutzung als Brennstoff, kann Erdgas auch der chemischen Industrie als Rohstoff dienen. In der Metallurgie sind die unter Erdgaseinsatz gewonnenen Produkte, entsprechende Gasreinheit vorausgesetzt, anderen Erzeugnissen überlegen.

Österreichs erschlossene Erdgasvorkommen sind zwar nicht sehr mächtig, ihr Einsatz kann aber die Konkurrenzlage verschiedener Industriebetriebe und -zweige kosten- und qualitätsmäßig wesentlich verbessern. Dies wird sich auch regional auswirken, da die Verwertung von Erdgas voraussichtlich auf den Osten des Landes beschränkt bleibt. Im Jahre 1958 wurden in Österreich 820 Mill.  $m^3$  Erdgas gefördert, etwa 6,3% des gesamten Energieverbrauches.

#### Erdgasförderung und Erdgasverteilung

Die bisher erschlossenen Erdgasvorkommen Österreichs konzentrieren sich im Nordosten des Landes. Wohl befinden sich auch in Oberösterreich (Hausruck- und Innviertel), Steiermark (Grazer Becken) und Vorarlberg erdgashöufige Gebiete. Bisher wurden aber in diesen Ländern keine nennenswerten, nutzbaren Vorkommen aufgeschlossen, ausgenommen einige seichte Erdgasbrunnen bei Wels, wo schon seit Ende des vorigen Jahrhunderts Erdgas für Hausbrandzwecke verwendet wird. Unter den Erdgaslagern im Nordosten Österreichs ist das am 15. März 1952 erbohrte Trockengasfeld Zwerndorf mit etwa 15 bis 20 Mrd.  $m^3$  weitaus am bedeutendsten. Von den kleineren Vorkommen sind jene in Matzen (Trockengas und Erdölsondengas) und Mühlberg die wichtigsten. Die gesamten österreichischen Vorräte an Erdöl- und Trockengas entsprechen mit schätzungsweise 20 bis höchstens 30 bis 35 Mrd.  $m^3$  einem Steinkohlenäquivalent von etwa 25 bis 45 Mill. t. Es besteht aber im Zuge der systematischen Erdölsuche Aussicht auf die Entdeckung weiterer Erdgasvorräte. Im Vergleich dazu werden die Erdgasvorräte Italiens (1956) auf 85 Mrd.  $m^3$ , jene Frankreichs auf 200 Mrd.  $m^3$  und in ganz Westeuropa auf 325 Mrd.  $m^3$  geschätzt (gleich viel wie die USA in einem Jahr verbrauchen). Österreich ist also an den westeuropäischen Erdgasvorräten mit 7 bis 10% beteiligt.

#### Fördernde Erdgassonden Österreichs<sup>1)</sup>

Erdgasfelder	Zahl der fördernden Sonden			Förderung Nov. 1958 1 000 $m^3$
	Dez. 1956	Dez. 1957	Nov. 1958	
Zwerndorf	4	4	10	47 528
Fischamend	7	4	0	—
Matzen	17	12	22	11 261
Mühlberg	19	16	16	2 353
Gaiselberg-RAG	3	3	1	5
van Sickle	3	5	4	212
Wels	5	5	5	2
Insgesamt	58	49	58	61 361

<sup>1)</sup> Nur reine Erdgassonden (Trockengasförderung) ohne gasfördernde Erdölsonden

Von den verschiedenen Erdgas fördernden Gesellschaften hat nur die OMV so ergiebige Sonden, daß sie Erdgas auch abgeben kann. Im Gegensatz zu den Besatzungsjahren, als im Zuge der Erdölförderung im Gasliftverfahren etwa ein Drittel der

Erdgasproduktion verlorenging (1955: 245 Mill  $m^3$ ), beschränken sich die Verluste jetzt auf bloß 33 8 Mill.  $m^3$  (1958) oder 4% der Förderung. Die noch auftretenden Verluste stammen fast ausschließlich vom Erdölsondengas, da es nicht immer möglich ist, das bei der Erdölförderung anfallende Erdöl-gas verstreuter Sonden zu verwerten. Die Leitungs-verluste sind unbedeutend. Andererseits steigt der Eigenverbrauch der ÖMV, seit sie ab Dezember 1958 die Raffinerien Schwechat und Korneuburg mit Erdgas betreibt. Sie will ihre neue Raffinerie Schwechat ausschließlich mit Erdgas betreiben und hat sich auch in den Verkauf von Erdgas als Treib-stoff für Kraftwagen eingeschaltet<sup>1)</sup>. Im Jahre 1958 betrug der Eigenverbrauch der ÖMV 88 6 Mill.  $m^3$ , so daß nach Berücksichtigung der Verluste und des Bedarfes der anderen Ölgesellschaften 688 Mill.  $m^3$  Erdgas von der Förderung von 820 Mill.  $m^3$  an andere Verbraucher abgegeben wurden.

### Erdgasförderung und -verbrauch

	I.	II	III	IV	I. bis IV.
	Quartal				Quartal
	1 000 $m^3$				
Erdgasförderung 1957	216 989	163 396	153 733	224 399	758 517
1958	231 134	163 405	157 273	268 473	820 286
Veränderung	% + 6 5	0	+ 2 3	+ 12 0	+ 8 1
Erdgasverbrauch <sup>1)</sup> 1957	164 715	109 720	98 390	170 470	543 295
1958	188 466	134 258	130 715	234 736	688 175
Veränderung	% + 14 4	+ 22 4	+ 32 9	+ 37 7	+ 26 7

<sup>1)</sup> Abgabe der ÖMV ohne Eigenverbrauch.

Das Erdgas der ÖMV wird in großzügig ein-gerichteten Stationen in Baumgarten (im Trocken-gasfeld Zwerndorf) und in Auersthal (Kompresso-renstation für Sondengas) aufbereitet (Entbenzinie-rung mit Gewinnung von 10.000 bis 12 000 t Gaso-lin, Trocknung usw.) und über ein größtenteils neu angelegtes Hochdruckleitungsnetz der Nieder-österreichischen Gasvertriebs AG. (NIOGAS) und den Wiener Stadtwerken zugeführt. Die Leitungs-, Aufbereitungs- und Kompressorenanlagen der ÖMV, die seit 1955 einen Kostenaufwand von 240 Mill. S erforderten, sind im wesentlichen fertig-gestellt. Im Investitionsprogramm 1959 hat die ÖMV nur noch 19 Mill. S für die Gaswirtschaft vorgesehen.

<sup>1)</sup> Die ÖMV besitzt fünf Erdgastankstellen in Wien und errichtet heuer eine sechste in Wr. Neustadt. Da etwa 20 000 leichte Lkw (weniger als 2 t Ladefähigkeit) in Ost-österreich fahren, die fast durchwegs Otto-Motoren besitzen, dürfte diese Art der Erdgasverwendung noch steigerungs-fähig sein. Sie wird durch Befreiung von der Mineralölsteuer begünstigt. Bisher setzte aber die ÖMV für diese Zwecke nur 7 8 Mill.  $m^3$  (1958) um.

Für die Verteilung des Erdgases sind die im Juni 1957 abgeschlossenen Verträge zwischen ÖMV, NIOGAS, Wiener Stadtwerken und Steiri-scher Ferngasgesellschaft maßgebend. Die Bundes-länder Wien und Niederösterreich erhielten maxi-male Bezugsquoten von je 65.000  $m^3/h$  (gleich einer maximalen Jahresbezugsmöglichkeit von je 570 Mill.  $m^3$ ), die Steiermark 30 000  $m^3/h$  (Jahres-quote maximal 260 Mill.  $m^3$ ) zugesprochen (Gesamtkontingent daher 1 4 Mrd.  $m^3$ ). Da nach inter-nationalen Erfahrungen die Kontingente höchstens zu 75% ausgenutzt werden, wird die ÖMV nach diesen Verträgen jährlich maximal 1 Mrd.  $m^3$  Erd-gas abgeben müssen.

### Vertragliche Erdgas-Höchstliefermengen

Bezieher	Max. Stunden-abgabe	Max. Jahres-abgabe 1.000 $Nm^3$	Geschätzter tats. Bezug 1959
Wiener Stadtwerke	65	569 400	541 000
NIOGAS	65	569 400	250 000
Steirische Ferngasgesellschaft	30	262.800	100 000
		1 401 600	
Bei voraussichtlich max. 75%iger Aus-nützung der Quote <sup>1)</sup>		1 051 200	
Eigenbedarf der ÖMV, einschließlich Raffinerien (geschätzt)		100 000—150.000	100.000
Voraussichtlicher max. Gesamt-verbrauch		1 201 200	991 000

<sup>1)</sup> Erfahrungsgemäß wird der Maximalbezug im ganzen Jahr nur zu zwei Drittel bis drei Viertel ausgenutzt.

Die NIOGAS hat im Jahre 1958 die nieder-österreichische Quote von 570 Mill.  $m^3$  erst mit 130 Mill.  $m^3$  ausnützen können und wird auch Gas-werke versorgen, die 1957 13 5 Mill.  $m^3$  Stadtgas abgaben. Der Anteil der *Haushalte* am Erdgasver-brauch wird daher relativ niedrig bleiben. Im nie-derösterreichischen Netz sind weniger große Ver-brauchsschwankungen und -spitzen zu erwarten als in Wien, wo infolge des ungleichmäßigen Ver-brauches der Haushalte im Winter etwa doppelt soviel Gas abgegeben werden muß wie im Sommer und die Tagesspitzen bis sechsmal so hoch sind wie der Verbrauch in der Schwachlastzeit.

In *Wien* sind die *Stadtwerke* die wichtigsten Abnehmer von Erdgas. Sie bezogen im Jahre 1958 506 Mill.  $m^3$  Erdgas. Ihr hoher Bedarf im Winter, der fast die ganze Wiener Bezugsquote aufzehrt, macht es schwierig, andere Erdgasbezieher an-zuschließen. Sie können wohl im Sommer auf die Bereitstellung genügender Erdgasmengen rechnen, im Winter aber nur in „Talzeiten“ des Erdgas-bedarfes der Wiener Stadtwerke. Diese Voraus-setzungen entsprechen aber nur selten den Bezugs-wünschen, meist ist Vorsorge für den Einsatz an-derer Brennstoffe erforderlich. Außerdem sind Hochdruckleitungen im verbauten Gebiet kaum zu-

## Stadtgasversorgung im Jahre 1957

	Erzeugung von Stadtgas <sup>1)</sup>		Koks t	Angeschlossene Haushaltsgasmesser	
	1 000 m <sup>3</sup>	%		St	%
Österreich insgesamt	581 653	100,0	403 476	717 264	100,0
Wien	503 182 <sup>2)</sup>	86,5	334 928	608 178	84,8
Niederösterreich	13 533	2,3	12 126	20 570	2,9
davon					
Baden	2 675		2 784	4 126	
Krems	1 179		1 901	2 564	
Mistelbach	1 649		—	997	
St. Pölten	2 308		—	3 116	
Stockeran	827		877	2 181	
Wr. Neustadt	3 930		6 564	6 356	
Oberösterreich	22 618	3,9	7 486	42 642	5,9
davon					
Linz	18 482		2 173	36 236	
Bad Ischl	364		961	750	
Gmunden	1 107		1 231	932	
Steyr	1 924		2 069	3 892	
Wels	741		1 052	832	
Steiermark	18 998	3,3	28 600	14 676	2,0
davon					
Graz	18 259		28 600	13 631	
Leoben	739		—	1 045	
Wien N.Ö., O.Ö., Stmk.	538 331	96,0	383 140	686 066	95,7

Q: Statistisches Handbuch der Republik Österreich 1958, S. 77 — <sup>1)</sup> Zur Verwendung verfügbar — <sup>2)</sup> Einschließlich von 965 m<sup>3</sup> Gas an Korneuburg. Außerdem 13·4 Mill. m<sup>3</sup> Erdgas für fremde Firmen

lässig. Aus all diesen Gründen können in Wien nur wenige Industriebetriebe Erdgas beziehen, und zwar nur aus nahe gelegenen Erdgasleitungen, wie im Raum Floridsdorf—Stadlau und in Wien-Süd. Dort wurden bereits in der Besatzungszeit einige Betriebe mit Erdgas versorgt. Ihre Zahl hat sich seither auf 13 erhöht, für die insgesamt 25 km Hochdruckleitungen verlegt sind. Sie bezogen im Jahre 1958 15 Mill. m<sup>3</sup> Erdgas. Durch den Neuananschluß der Zementfabrik Rodaun wird sich ihr Bezug 1959 ungefähr verdoppeln, womit die Abgabemöglichkeiten im Rahmen der Wiener Erdgasquote ziemlich erschöpft sein dürften. Indirekt kommt jedoch Erdgas über die Wiener Stadtwerke einem weit größeren gewerblichen Abnehmerkreis zugute. Wiener Industrie- und Gewerbebetriebe beziehen nämlich 160 Mill. m<sup>3</sup> Stadtgas, das zum großen Teil auf Erdgasgrundlage erzeugt wird. Sie ziehen auch aus dem niedrigen Erdgaspreis Nutzen, indem die Wiener Gaswerke immer mehr Kohle einsparen und den Stadtgas-Abgabepreis nieder

## Wiener Gaswirtschaft

	1953	1958 <sup>1)</sup>	Veränderung 1953/58 %
Ertgaste Kohle	1 000 t	424	-21
Koksanfall	331	267	-19
Abgegebenes Stadtgas	Mill. Nm <sup>3</sup>	311	+58
Bezogenes Erdgas	„	111	+95

<sup>1)</sup> Vorläufige Angaben. — <sup>2)</sup> Gasabgabe ab Werksbehälter, umberechnet auf Stadtgas mit 4.600 kcal oH/Nm<sup>3</sup>.

halten. Während im Jahre 1958 um die Hälfte mehr Stadtgas abgegeben wurde als im Jahre 1953, ging der Kohleneinsatz um ein Fünftel zurück, wodurch 90 000 t Auslandskohle eingespart wurden.

Die *Steirische Ferngasgesellschaft* bezieht ihr Erdgas zwar direkt von der OMV, doch wird es über eine Leitung der NIOGAS bis zum Semmering transportiert. Von dort führt ihre eigene 72 km lange Hauptleitung bis Donawitz. Sie wird durch 28 km Stichleitungen ergänzt. Die Verlegungsarbeiten waren Ende 1958 fast abgeschlossen, so daß im Frühjahr 1959 die Erdgasversorgung einsetzen kann. Da die Abnehmer im Mürztal und oberen Murtal bis Donawitz allein 200 Mill. m<sup>3</sup> beziehen werden und die der Steiermark zugewilligte Stundenhöchstmenge nahezu erreichen werden, wurde auf die Fortführung dieser Leitung bis Judenburg und Graz verzichtet.

## Künftige Erdgasverwendung

Die beschränkten Vorräte gebieten, mit Erdgas zu sparen. Selbst wenn die Maximalkontingente nicht voll genutzt werden, ist einschließlich des Eigenbedarfes der OMV mit einem jährlichen Verbrauch von 1·1 bis 1·2 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas zu rechnen. Wenn nicht neue ergiebige Vorkommen erschlossen werden können, werden die österreichischen Erdgasreserven in 20 bis 30 Jahren erschöpft sein. Dieser Nutzungszeitraum reicht zwar bei weitem aus, die Investitionen zu amortisieren, läßt aber allzu viele und zu große Betriebsumstellungen problematisch erscheinen.

Große Bedeutung für die künftige Erdgaspolitik kommt den Verhältnissen im Grenzgebiet zu. An dem bedeutendsten Erdgasfeld Österreichs (Zwerndorf) hat auch die ČSR einen Anteil. Sie dürfte in den letzten Jahren 1 bis 2 Mill. m<sup>3</sup> täglich entnommen haben, also fast ebenso viel, wie die ganze österreichische Förderung, obwohl der tschechische Feldanteil viel geringer sein dürfte als der österreichische. Die Folge war, daß der Druck im österreichischen Feldanteil stark sank. Ende Dezember 1958 führten zwischenstaatliche Besprechungen in Prag zu einem Abkommen, wonach die Mächtigkeit aller Öl- und Erdgasvorkommen gemeinsam berechnet und ein langfristiger, den beiderseitigen Interessen dienender Produktionsplan aufgestellt werden soll. Es besteht daher die Hoffnung, daß künftig ein Raubbau verhindert und tatsächlich eine langfristige Nutzung der Grenzlagerstätten gesichert werden kann. Sollte sich aber herausstellen, daß sich die Vertragspartner nicht an

diese Abmachungen halten, müßte sich Österreich mit dem Gedanken vertraut machen, das bisherige Ziel einer konservativen Erdgaspolitik aufzugeben und den Abbau zu beschleunigen, um wenigstens einen Teil der Vorräte für sich zu retten.

Der Verbrauch der NIOGAS wird stark von dem Bedarf des im Bau befindlichen kalorischen Kraftwerkes *Korneuburg* abhängen. Der der Verbundgesellschaft gehörende 77-MW-Dampfturbinenblock dieses Kraftwerkes soll im Sommer 1961 zu arbeiten beginnen und ist auf den wahlweisen Betrieb von Erdgas und Heizöl eingerichtet. Die beiden der NEWAG gehörenden 25-MW-Gasturbinensätze, die schon im Herbst 1959 in Betrieb gehen, und ihre Abhitzeanlage, die ab Ende 1960 zusätzlich 26 MW liefern wird, sind zunächst nur für Erdgasbetrieb projektiert. Verhältnismäßig geringe zusätzliche Einrichtungen könnten aber einen wahlweisen OLEinsatz ermöglichen. Der ausschließliche Betrieb des ganzen Kraftwerkes mit Erdgas würde etwa 230 bis 250 Mill. m<sup>3</sup> erfordern, so daß der übrige Erdgasbedarf nur schwer gedeckt werden könnte<sup>1)</sup>

Wirtschaftlicher wäre es, das ganze Kraftwerk *Korneuburg* mit Heizöl zu betreiben. Es ist billig und es besteht davon ein Überangebot. Die Transport- und Lagerungskosten sind in *Korneuburg* wegen der schon bestehenden Einrichtungen gering. Das Kraftwerk würde 200 000 t Heizöl jährlich verbrauchen. Soviel fällt aus den sowjetischen Rohöllieferungen an, die ab 1959 einsetzen. Anderenfalls hätte die OMV Schwierigkeiten, dieses Heizöl abzusetzen<sup>2)</sup>.

Die Verbundgesellschaft will vorwiegend oder ausschließlich Heizöl verwenden. Die NEWAG dagegen — sie ist zusammen mit dem Land *Niederösterreich* Alleinaktionär der NIOGAS — ist an einem möglichst hohen Erdgaseinsatz interessiert, da die NIOGAS Erdgas von der OMV zu einem Vorzugspreis erhält und dadurch die Kosten für die Stromerzeugung besonders niedrig halten kann. Die Bevorzugung der NIOGAS durch die OMV geht auf die Überlassung von Schurfkonzessionen im Jahre 1957 zurück. Als Abgeltung hierfür wird der NIOGAS zehn Jahre hindurch für 400 Mill. m<sup>3</sup> Erdgas jährlich nur der halbe Bezugspreis gerechnet (14 gr je m<sup>3</sup>), während die Wiener Stadtwerke den vollen Preis von 28 gr je m<sup>3</sup> bezahlen müssen.

Die Steirische Ferngasgesellschaft muß dagegen an die OMV einen Einstandspreis von 39,5 gr je m<sup>3</sup> entrichten, wird ferner mit den Durchzugskosten in *Niederösterreich* belastet und rechnet mit einem Abgabepreis von 65 bis 66 gr je m<sup>3</sup>.

<sup>1)</sup> Eine Klausel in den niederösterreichischen Erdgaslieferverträgen, die nach dem zweiten Jahr eine Reduzierung der zugesagten Winterlieferungsmenge ermöglicht, hat unter den Abnehmern Befürchtungen ausgelöst, sie könnten zugunsten des *Korneuburger* Kraftwerkes zurückgesetzt werden. Die NIOGAS erklärt jedoch die Revisionsklausel damit, daß sie noch Erfahrungen in Betrieb und Absatz sammeln müsse, die möglicherweise und unabhängig vom *Korneuburger* Kraftwerk zu gewissen Lieferveränderungen führen, um die auftretenden Bezugsspitzen abflachen zu können.

<sup>2)</sup> Siehe hierzu, Die österreichischen Ablöselieferungen im Jahre 1958, S. 84 ff.

Der zweite Hauptkonsument werden die *Wiener Stadtwerke* bleiben. Sie verwendeten in den letzten Jahren das Erdgas vorwiegend zur Stromerzeugung. Während die Wiener Elektrizitätswerke im Jahre 1958 290 Mill. m<sup>3</sup> Erdgas verbrauchten<sup>3)</sup>, bezogen die Gaswerke nur 215 Mill. m<sup>3</sup>. Die Wiener Stadtwerke sind allerdings bemüht, Erdgas mehr zur Stadtgasproduktion einzusetzen als zur Stromerzeugung, um teure Auslandskohle einzusparen, die sonst für die Gaserzeugung benötigt würde. Diese Tendenz wird sich noch dadurch verstärken, weil die Stadtwerke künftig ihr Erdgasbezugskontingent nicht mehr auf Kosten der niederösterreichischen Bezieher überschreiten können. Ende 1958 war es ihnen nämlich infolge des noch geringen niederösterreichischen Verbrauches möglich, ihren mit 65.000 m<sup>3</sup> begrenzten Stundenbezug auf durchschnittlich 85.000 m<sup>3</sup> zu erhöhen. Im Herbst 1959 wird jedoch das E-Werk Wien, da die Speichermöglichkeiten nicht ausreichen, zu Spitzenzeiten Erdgas an die Wiener Gaswerke abtreten müssen. Diese stellen einen zweiten Satz Erdgasspaltanlagen auf, um jedem kommenden Spitzenbedarf gewachsen zu sein.

#### Veränderungen in der Wiener Stromerzeugung

	1953	1957	Veränderung in %
Stromerzeugung der Wiener E-Werke <sup>1)</sup> Mill. kWh	674	1 011	+ 50
davon			
aus Braunkohle	127	96	- 24
aus Erdgas	311	705	+127
Verbrauch von Steinkohle	1 000 t	28	- 18
Braunkohle	187	128	- 31
Heizöl	25	7	- 72
Erdgas	Mill. m <sup>3</sup> 137	284	+107

<sup>1)</sup> Einschließlich 107 bzw. 118 Mill. kWh aus Wasserkraftwerken in *Niederösterreich*.

Schon im Jahre 1958 war der Anteil der Stromerzeugung am gesamten Erdgasverbrauch Österreichs zurückgegangen, allerdings weniger zu Gunsten der Gaserzeugung (deren Anteil ziemlich stabil blieb) als der industriellen Verbraucher.

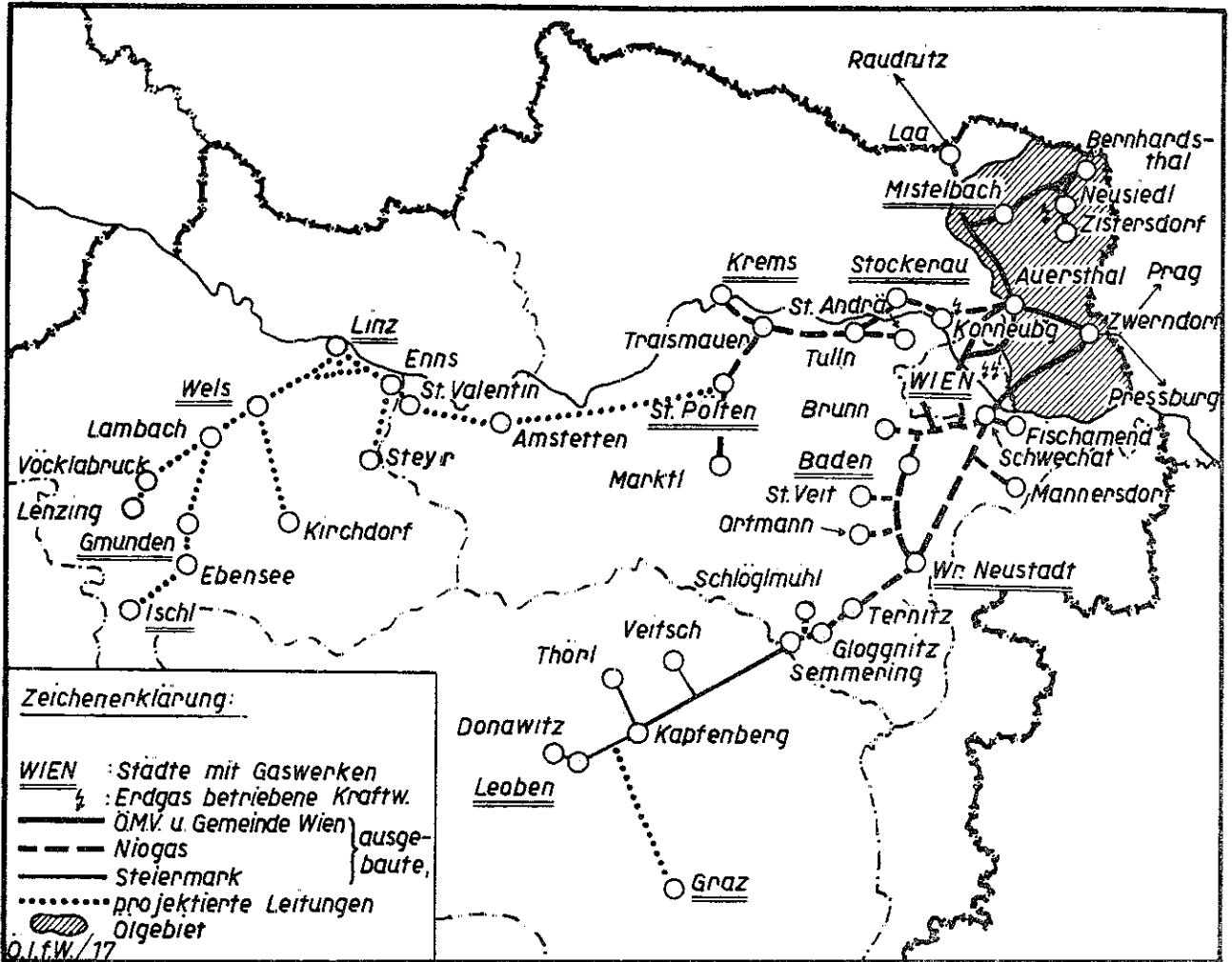
#### Anteile der Erdgasverbraucher

	Gaswerk Wien	E-Werke %	Sonstige
1957 . . .	33,0	54,2	12,8
IV. Quartal	30,9	56,2	12,9
1958 . . .	31,3	43,9	24,9
IV. Quartal	28,2	41,1	30,6
1959 <sup>1)</sup> . . .	28,0	33,0	42,0

<sup>1)</sup> Schätzung

<sup>3)</sup> In den Wiener Stadtwerken erfolgen rund 80% der Stromerzeugung aus Erdgas, das im Jahre 1957 36% der kalorischen Stromerzeugung Österreichs ermöglichte.

Das österreichische Erdgas-Verteilungsnetz



Hauptverbraucher von Erdgas

	Gaswerke Wien	E-Werke Wien	E-Werk Neusiedl	Sonstige
	1 000 m <sup>3</sup>			
1958 I Quartal	60 899	87 225	5 166	35 176
II	46 327	62 667	1	25 263
III	41 570	49 984	210	38 951
IV	66.301	91.072	5.445	71.918
Insgesamt	215 097	290 948	10 822	171 308
1959 <sup>1)</sup>	231 000	280 000	25 000	355 000

<sup>1)</sup> Schätzung

Wie in anderen Ländern wird der Verbrauch der Industrie weiter zunehmen. Ihr Anteil wird heuer etwa 42% und nächstes Jahr rund 60% erreichen, gegen vergleichsweise 58% in Italien (1957). Die Industrien, die in Österreich Erdgas verwerten können, sind preislich vor allem dann im Vorteil, wenn sie Steinkohlen einsparen (z. B. Zementwerke). Auch die Ersetzung von Generatorgas wird wegen der hohen Verluste (20 bis 25%) im Generatorbetrieb zu einer bedeutenden Verbilligung der Energiekosten beitragen. Noch wichtiger sind aber die technologischen Vorteile insbesondere in der

Metallurgie, aber auch in keramischen Betrieben. Vor allem die fast völlige Schwefelfreiheit des österreichischen Erdgases ist als entscheidender Vorteil zu werten. Da aber in Öfen mit hoher Arbeitstemperatur die Flamme leuchtend gemacht werden muß — zur Karburierung ist ein Zusatz von mindestens 20 bis 30% des Erdgasheizwertes erforderlich —, ergeben sich auch für das Inlandheizöl, das ebenfalls so gut wie schwefelfrei ist, neue Absatzmöglichkeiten. So wird die Umstellung der SM-Öfen der Stahlwerke Ternitz, Kapfenberg und Donawitz die zusätzliche Abnahme von mehreren zehntausend Tonnen Inlandsheizöl ermöglichen, denn die steirischen Erdgasbezüge entfallen zu 88% auf Hüttenwerke und eisenverarbeitende Betriebe.

Erdgas findet aber auch in der chemischen Industrie steigende Verwendung. Die beiden in Österreich geplanten petrochemischen Werke werden allerdings Raffinerieabgase und nicht Erdgas benutzen. Der wichtigste potentielle Erdgasbezieher sind die Linzer Stickstoffwerke. Sie wären um so

mehr an Erdgas interessiert, als sich die internationale Konkurrenzlage in der chemischen Industrie, namentlich in der Stickstoffindustrie, ständig verschärft und die ohnedies durch hohe Frachtkosten belasteten Stickstoffwerke ins Hintertreffen geraten, wenn sie weiterhin nur auf den Bezug von teurem Kokereigas angewiesen sind. Die ausländische Konkurrenz bedient sich nämlich sowohl in Holland als auch in Italien und den USA immer mehr des weitaus billigeren Erdgases. Da aber über das österreichische Erdgas bereits unter Ausschluß Oberösterreichs vertraglich verfügt wurde, könnten die oberösterreichischen Wünsche nur bei einer Revision der Verträge erfüllt werden.

#### Bedeutung des Erdgases in der Energiewirtschaft

Noch ist der Anteil von Erdgas am Primärenergieverbrauch Österreichs mit rund 6% relativ gering. Es ist aber bemerkenswert, daß der Erdgasverbrauch 1958 um 27% zunahm, während der Gesamtenergieverbrauch nur um 1% stieg. Da der Erdgasabsatz in den Jahren 1959 und 1960 noch rasch steigen und sich gegenüber 1957 etwa verdoppeln wird, kann sich sein Anteil am Energieverbrauch auf 8 bis 10% erhöhen. Langfristig ist aber mit einer weiteren Zunahme des Energieverbrauches zu rechnen, während der Erdgasbezug ab 1960 kaum mehr gesteigert werden kann. In späteren Jahren wird daher das Erdgas relativ wieder an Bedeutung verlieren. Erdgas wird zwar in der österreichischen Energiebilanz bei weitem keine so große Rolle spielen wie z. B. in den USA, es wird aber bald annähernd gleich große wirtschaftliche Bedeutung erlangen wie in Italien.

Die steigende Verwendung von Erdgas als Energiequelle verdrängt andere Energieträger, insbesondere Kohle. Dies wird um so stärker fühlbar, als Österreichs Energieverbrauch im letzten Jahr stagnierte und auch in der nächsten Zeit keinesfalls so stürmisch wachsen wird wie in den vergangenen Jahren. Der heimische Kohlenbergbau wird voraussichtlich mehr getroffen als die Steinkohlenimporte, deren Hauptabnehmer, die Kokerei der Linzer VOEST und die Bundesbahnen, nicht auf Erdgas ausweichen können. Aber auch der Absatz von Heizöl und sein Preis wird sich verschlechtern. So sind bereits ein niederösterreichisches Zementwerk und, wenigstens vorübergehend, niederösterreichische Zuckerfabriken als Heizölverbraucher ausgefallen. Andererseits haben einige Großbetriebe, die sich in den letzten Jahren auf Heizöl umgestellt hatten, auf die Verwendung von Erdgas verzichtet,

obwohl bei ihnen gute Voraussetzungen für dessen Verwendung bestehen.

#### Heizölverbrauch der Industrie im Jahre 1957

	Gesamt- verbrauch	davon inländisches Heizöl
	1 000 t	
Wien	108,2	13,3
Niederösterreich	255,7	46,7
Oberösterreich	174,0	58,0
Steiermark	100,3	16,4

Der österreichische Kohlenbergbau erlitt bereits vor 1955 einen schweren Verlust, als sich die Brunner Glasfabrik (jährlich 35.000 t Trockenerbskohle) auf Erdgas umstellte. Auch der Verbrauch der Wiener Elektrizitätswerke ging, vorwiegend aus dem gleichen Grund, von 1953 bis 1957 stark zurück (um 31%), während ihr Erdgasverbrauch gleichzeitig um 107% zunahm. Dies ging vor allem zu Lasten des Braunkohlenbergbaues Langau, der für seine Lieferungen an die Wiener E-Werke aus qualitativen und frachtlichen Gründen keinen Ersatz finden konnte (Förderung 1953: 200.000 t, 1958: 175.000 t). Der Ausbau des niederösterreichisch-steirischen Ferngasnetzes wird den Absatz an inländischer Braunkohle noch weiter sinken lassen. Die Absatzeinbuße wird im Jahre 1959 insgesamt rund 340.000 t Inlandskohle betragen und, wenn die Erdgasumstellung im Jahre 1960 beendet sein wird, etwa 440.000 t jährlich erreichen.

#### Kohlenbezug der Industrie im Jahre 1957

	Wien	Nieder- österreich	Steier- mark	Ober- österreich
	1 000 t			
Inlandskohle				
Steinkohle	40	65	5	6
Braunkohle	95	286	1 523	793
Inlandskoks <sup>1)</sup>	10	26	39	143
Auslandskohle				
Steinkohle	42	108	44	99
Braunkohle	1	11	85	76
Auslandskoks <sup>1)</sup>	7	12	9	17

<sup>1)</sup> Ohne den im Hochofenbetrieb eingesetzten Koks

Besonders schwer wird der ohnedies unter Förderschwierigkeiten und hohen Kosten leidende Steinkohlenbergbau Grünbach betroffen, der einen Absatz von 25.000 t verliert (vorwiegend Baustoffindustrie im Wiener Raum). Soll die Grünbacher Förderung (1955: 147.300 t, 1958: 121.700 t) gehalten werden, muß getrachtet werden, Kohle trotz hoher frachtlicher Belastung wenigstens bei den Linzer VOEST unterzubringen.

Die Einbußen des heimischen Bergbaues sind aber voraussichtlich nur vorübergehend, da der langfristig wachsende Energiebedarf in kommenden Jahren nicht mehr aus Erdgas gedeckt werden

kann und wieder den österreichischen Kohlengruben zugute kommen wird. Insbesondere in neuen kalorischen Kraftwerken, wie im bereits im Bau befindlichen Kraftwerk Voitsberg III und im geplanten Kraftwerk Fohnsdorf-Zeltweg wird verstärkter Absatz gefunden werden, wenn auch dafür die Sorten nur teilweise ausgetauscht werden können.

#### Literatur

Die österreichische Erdölwirtschaft, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 10, Wien, 1957. — *Le Gaz en Europe*, OEEC, Paris, 1958. —

*E. Klement*, L'Importance économique du Gaz naturel et son Emploi en Autriche Union Internationale de l'Industrie du Gaz (7. Internationale Gaskonferenz, Rom, 1958). — *F. Czedik-Eysenberg* und *E. Gugel*, Erdgas in Österreich und seine Verwendung, Berg- und Hüttenmännische Monatsheft, 1958, 10. — *W. Fox*, Die neuere Entwicklung der Erdgasförderung in Westeuropa, Erdölzeitschrift, 1958, 11. — 10 Jahre Wiener Stadtwerke Amtsblatt der Stadt Wien, 1958, 104/5. — *A. Riczinger*, Österreichische Gasstatistik Gas, Wasser, Wärme, 1959/1. — Petroleum Press Service, 1958, 5, 9, 10. — Kontrollziffern zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965. — *Probleme Economice*, 1958, 10. — Österreichisches Montanhandbuch, 1958.

### Die österreichischen Ablöselieferungen im Jahre 1958

Die Ablöselieferungen, die Österreich der Sowjetunion aus dem Staatsvertrag schuldet, werden in der österreichischen Handelsstatistik nicht ausgewiesen. Die nachstehende Darstellung stützt<sup>1)</sup> sich auf die Angaben der von der österreichischen Regierung im Jahre 1955 gegründeten Gesellschaft für Ablöselieferungen.

Österreich hat wie in den Vorjahren auch im Kalenderjahr 1958 seine Verpflichtungen anstandslos erfüllt. Dollarzahlungen als Ersatz für unterbliebene Lieferungen erübrigten sich auch in dem am 27. Juli 1958 abgeschlossenen dritten Lieferjahr. Aller Voraussicht nach werden auch im vierten Lieferjahr keine Dollarzahlungen erforderlich sein. Nach den von den Sowjets anerkannten Verrechnungssätzen erreichten die Ablöselieferungen insgesamt einen Wert von 45,185.098 \$ (1.174,8 Mill. S) und waren damit um rund 3 Mill. \$ höher als im Jahre 1957 (42,1 Mill. \$ bzw. 1.094,7 Mill. S), lagen aber um 7 Mill. \$ unter dem Höchststand im Jahre 1956, als noch Verpflichtungen aus dem ersten Staatsvertragsjahr nachgeholt werden mußten. Das österreichische Nationalprodukt wurde im Jahre 1958 durch die Reparationen ebenso wie im Vorjahr mit 0,9% belastet.

Die budgetären Aufwendungen für die Ablöselieferungen stiegen aber im Jahre 1958 von 915 Mill. S auf mindestens 1.132 Mill. S (vorläufige

Angabe). Der Grund liegt in den höheren Aufwendungen für die Öllieferungen, in vermehrten sonstigen Warenlieferungen und den dafür erforderlichen Vorauszahlungen. Im Jahre 1959 wird dagegen nur mit einer budgetären Belastung von 910 Mill. S gerechnet. Der Staatsvertrag legt nämlich die Jahrestangente für das Warenabkommen mit 25 Mill. \$ im Lieferjahr fest, doch deckt sich dieses nicht mit dem Kalenderjahr. Es fanden daher Verschiebungen in den Leistungen während der beiden Zeiträume statt. Außerdem ergab sich im zweiten und dritten Lieferjahr durch einen sowjetischen Großauftrag, der längere Zeit für die Fertigstellung benötigte, eine verminderte Warenauslieferung, obwohl das Budget durch die Vorauszahlungen stärker belastet wurde. Daher erreichten die Warenlieferungen im zweiten Lieferjahr nur 24 und im dritten Lieferjahr nur 23 statt der vorgesehenen je 25 Mill. \$. In dem im heurigen Sommer auslaufenden vierten Lieferjahr müssen dagegen Waren für 28 Mill. \$ ausgeliefert werden, was aber infolge der Vorauszahlungen zu keiner Mehrbelastung des Budgets führen wird.

#### Belastung des Bundes durch Ablöselieferungen

Jahr	Warenabkommen	Erdölabkommen Mill. S	Zusammen
1955	245 <sup>1)</sup>	—	245
1956	767	—	767
1957	695	220	915
1958	725	407	1.132
1959	500	410	910
1960	650	440	1.090
1961/65	319	2.200	2.519

<sup>1)</sup> Vgl. dazu, Die Ablöselieferungen im Kalenderjahr 1957, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1958, Heft 1, S. 40 ff.

Q: 1955 bis 1957 Rechnungsabschlüsse; 1958 bis 1965 Teilheft zum Bundesvoranschlag für das Jahr 1959 (Kapitel 26, Beilage B) — <sup>1)</sup> Mit Ablöse für DDSG 296,6 Mill. S.

### Die Erdöllieferungen

Im Jahre 1958 konnte Österreich von den Sowjets eine wesentliche Erleichterung bei den Erdöllieferungen erzielen. Im sogenannten Warenabkommen, das Österreich verpflichtet, ab 1955 der Sowjetunion durch sechs Jahre Waren im Werte von je 25 Mill. \$ zu liefern, war auch die Lieferung von 200.000 t Erdöl vorgesehen. Da die Erdölproduktion Österreichs bedenklich abnimmt, stundete die Sowjetunion im Frühjahr 1957 die Lieferung von 100.000 t Erdöl, die im 1. Halbjahr 1958 geliefert werden sollten. Während seines Österreich-Besuches stimmte Ministerpräsident Mikojan dem Ersatz dieser 100.000 t Erdöl durch 7.500 t kaltgewalzte Bleche zu. Weiters wurde bei den Verhandlungen für das vierte, am 28. Juli 1958 begonnene Lieferjahr die Auswechslung der im Lieferjahr 1958/59 fällig werdenden 200.000 t Erdöl durch andere Waren erreicht. Daher wurde erstmals im ganzen Kalenderjahr 1958 kein Erdöl aus dem Titel des Warenabkommens geliefert. Dies dürfte auch in den restlichen Lieferjahren der Fall sein.

Die österreichische Öllieferverpflichtung beschränkt sich jetzt nur noch auf die Erfüllung des sogenannten Erdölabkommens, wonach durch zehn Jahre (von Mitte 1955 bis Mitte 1965) jährlich 1 Mill. t Rohöl an die Sowjetunion nach bestimmter Spezifikation (Matzener schwefelarmes Öl) übergeben werden muß. Während des österreichischen Staatsbesuches in Moskau im Sommer 1958 wurde eine weitere wesentliche Erleichterung erzielt. Die Sowjetunion bestand zwar auf der Erfüllung des Erdölabkommens, da diese Öllieferungen bereits planmäßig von ihr anderen Oststaaten zugesagt worden waren, verpflichtete sich aber, jährlich eine 1/2 Mill. t sowjetischen Rohöles (insgesamt 7,5 Mill. t) der österreichischen Regierung im Kompensationsweg unentgeltlich franko österreichische Grenze zu überlassen. Damit verringert sich die österreichische Nettolieferung an die Sowjetunion auf 20% der voraussichtlichen Ölförderung des Jahres 1959, während sie in den beiden Vorjahren 35% betragen hatte.

So wie bisher wurde auch im Jahre 1958 das ganze von Österreich der Sowjetunion übergebene Öl an die vier Oststaaten Polen, DDR, ČSR und Ungarn zu je einem Viertel geliefert. Die Kürzung der österreichischen Erdölablöselieferungen um 118.286 t gegenüber 1957 traf diese Staaten ziemlich gleichmäßig, doch blieb Polen wie im Jahre 1957 mit 27% etwas vor den anderen Staaten bevorzugt. Der Anteil Ungarns wurde leicht erhöht.

### Anteil der Ablöselieferungen an der österreichischen Erdölförderung

Jahr	Ölförderung	Ablöselieferungen		Zur Verfügung verbleibend	Anteil der Ablöselieferungen an der Ölförderung in %
		1 000 t			
1956	3 428	1 375	2 052		40,1
1957	3 186	1 124	2 062		35,3
1958	2 836	1 006	1 831		35,5
1959	2 500 <sup>1)</sup>	1 000 <sup>2)</sup>	1 500		40,0
		500 <sup>3)</sup>	2 000		20,0

<sup>1)</sup> Schätzung. — <sup>2)</sup> Brutto. — <sup>3)</sup> Netto.

Die gesamten Ölablöselieferungen für Ungarn und die ČSR wurden in Tankkähnen östlicher Schiffsgesellschaften abgefahren. Der österreichischen Donauschiffahrt gelang es bisher nicht, in den Reparationsölverkehr eingeschaltet zu werden.

### Bestimmungsländer der Erdölablöselieferungen im Jahre 1958

Bestimmungsland	Menge t	1958		1957	
			%		%
ČSR	234 664,7	23,3		23,7	
DDR	252 338,3	25,1		26,7	
Polen	269 471,5	26,8		27,3	
Ungarn	249 061,6	24,8		22,3	
	1 005 536,0	100,0		100,0	
Davon zu Schiff (ČSR und Ungarn)	483 726,3	48,1		46,0	

Die Ölversorgung dieser vier Oststaaten wird noch immer durch die österreichischen Ablöselieferungen zu einem Viertel bis zur Hälfte sichergestellt. (Die Sowjetunion weist allerdings in ihrer Handelsstatistik den Reexport des österreichischen Erdöles als Eigenexport aus.)

### Anteil der Ablöselieferungen an der Rohöleinfuhr der Oststaaten im Jahre 1957

	Insgesamt	Rohöleinfuhr davon		Anteil d. Ablöselieferungen an der Gesamteinfuhr	
		sowjetische Lieferungen 1 000 t	Ablöselieferungen	Gesamt-einfuhr	sowjetischen Lieferungen %
Polen	630	633	307	48,7	48,5
DDR	997	1 045	300	30,1	28,7
Ungarn	1 031	919	250	24,2	27,2
ČSR	1 609 <sup>1)</sup>	1 235	267	16,6 <sup>2)</sup>	21,6

Anmerkung: Die Angaben über die Rohöleinfuhr entstammen den Statistiken der Importländer, jene über die sowjetischen Lieferungen der Außenhandelsstatistik der UdSSR, so daß Unstimmigkeiten auftreten — <sup>1)</sup> Einschließlich Einfuhr von Ölprodukten

Die österreichische Mineralölverwaltung erhielt ursprünglich nur die Öllieferungen aus dem Warenabkommen vom Finanzministerium zum sowjetischen Verrechnungssatz von S 487'50 je t vergütet. Die übrigen Lieferungen mußte sie im Jahre 1955 und 1956 unentgeltlich durchführen. Erst durch eine Zusatzvereinbarung zum Konzessionsvertrag (1957) vergütete ihr die Republik Österreich im Jahre 1957 346 S je t (damaliger amtlicher Rohölpreis für Inlandslieferungen) abzüglich 36% Rabatt, während im Jahre 1958 und 1959 der jeweilige inländische Rohölpreis abzüg-



lich 15% bzw 5% Rabatt und ab 1960 der volle Rohölpreis bezahlt werden muß. Ähnliches gilt für die Kosten des Transportes an die österreichische Grenze, die im Jahre 1957 mit 36 Mill S allein von der ÖMV zu zahlen waren, während in den folgenden Jahren das Finanzministerium einen steigenden Teil und 1960 den vollen Fakturenwert zu bezahlen hat. Am 13. Jänner 1958 hat die ÖMV ihren Inlandsrohölpreis erhöht. Die ÖMV hat jetzt vom Finanzministerium die grundsätzliche Anerkennung ihres auf 615 S je t erhöhten Rohölpreises erhalten, da dieser von den inländischen Abnehmern auch faktisch bezahlt wird. Abgesehen davon, daß ein beträchtlicher Teil des Mehrerlöses durch vermehrte Steuerleistungen, höheren Förderzins und Dividenden von der ÖMV wiederum an den Bund zurückgezahlt wird, erhält sie die 1/2 Mill t „Russenöl“ zum Preise von 400 S je t (also um 200 Mill. S) vom Bund zur Verfügung gestellt. Die verhältnismäßig niedrige Bewertung dieses Öls, das von der ÖMV ab Grenze auf eigene Kosten in ihre Raffinerien gebracht werden muß, ergibt sich daraus, daß die Verarbeitung in den ÖMV-Raffinerien erheblich erschwert wird und zu zusätzlichen Investitionen nötigt<sup>1)</sup>. Diese 200 Mill. S werden jedoch von der ÖMV dem Finanzministerium nicht bar bezahlt, sondern mit der Vergütung des Bundes für 1 Mill. t Ablöseerdöl jährlich verrechnet.

Unter Berücksichtigung des der ÖMV zustehenden Rabattes und der vom Bund zu zahlenden Frachtkosten für das ausgeführte Ablöseöl ergibt sich für das Erdölabkommen 1959 eine Gesamtaufwendung von 410 Mill. S, die im Jahre 1960, falls keine andere Regelung getroffen wird, auf 440 Mill. S steigen dürfte. Die Beistellung des russischen Erdöls hat daher, entgegen den Erwartungen, die budgetären Lasten nicht ermäßigt, wohl aber wäre ohne die russischen Lieferungen die Budgetbelastung im Jahre 1959 und in den folgenden Jahren um mindestens 200 Mill. S jährlich gestiegen.

### Warenlieferungen

Die Lieferungen laut Warenabkommen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Mill. \$ erhöht, und ihre Zusammensetzung hat sich wesent-

<sup>1)</sup> Österreich erhält im Jahre 1959 280.000 t Muchanovo-Öl und 220.000 t Sokolovo-Gorski-Öl. Auf Grund der von den Sowjets angegebenen und bei der Verarbeitung in Österreich festgestellten Werte enthält das Muchanovo-Öl maximal 1,2% Schwefel, jenes von Sokolovo-Gorski 0,6%. Letzteres wird im Gegensatz zu den übrigen Sorten nicht entsalzt geliefert und hat einen die Verarbeitung erschwerenden hohen Salzgehalt von 3,5 g je l. Der Benzingeht bei beiden Sorten ist sehr hoch, nämlich 27 bis 29% (gegen nur 6% des Matzener Öles), doch hat dieses Benzin nur eine niedrige Oktanzahl. Später soll auch Öl aus Tujmaza geliefert werden (1,8 maximaler Schwefelgehalt). Vgl. dazu die nur wenig abweichenden sowjetischen Ölspezifikationen für kommerzielle Exporte in Monatsberichte, Heft 7, Jg. 1958, S. 291.

lich geändert. An Stelle der Erdöllieferungen für 375 Mill. \$, wurde hauptsächlich Walzware geliefert. Dadurch hat sich der Anteil halbfertiger Waren von 18 auf 31% erhöht. Der Anteil der Fertigwaren ist aber trotzdem nur geringfügig, nämlich von 71,5% auf 68,9% gesunken, wobei Maschinen und Verkehrsmittel auch weiterhin mit 60,8% (1957 63,6%) an der Spitze aller Waren stehen.

### Die Ablöselieferungen im Jahre 1958

Warenabkommen	Wert		Waren- und Erdölabkommen	
	1 000 \$	%	%	%
Rohstoffe (Erdöl)	—	—	—	41,7
Halbfertige Waren	8.173	31,1	—	18,7
Stahlbleche	3.829			
Verzinkte Bleche	1.587			
Walzkupfer	1.045			
Kunstseidengarne	1.712			
Fertigwaren	18.158	68,9	—	40,2
a) Maschinen und Verkehrsmittel	16.017	60,8	—	35,5
Kraftkabel	2.890			
Walzwerkrichtungen	4.123			
Chemische Apparate	2.196			
Dieselkompressoren	1.271			
Papier- u. Holzverarb.-Maschinen	3.133			
Kontroll- und Meßgeräte	860			
Spezialkraftwagen und Ersatzteile	1.544			
b) Andere Fertigwaren	2.142	8,1	—	4,7
Lacke	1.271			
Schuhe	458			
Kunstseidengewebe	412			
Warenabkommen insgesamt	26.331	100,0		
Erdölabkommen	18.854			
Waren- und Erdölabkommen	45.185			100,0

Unter den Walzwaren wurden vor allem rund 25.000 t Feinbleche sowie verzinkte Bleche geliefert, die etwa 6% der österreichischen Produktion an Feinblech (8% ihres Gesamtexportes) ausmachen. An Stelle der Öllieferungen konnten aber auch weitere Warengruppen berücksichtigt werden, wie vor allem Apparate. Auch wurden mehr als bisher früher nicht sowjetisch verwaltete Betriebe in die Ablöselieferungen eingeschaltet.

Die Lieferungen von Maschinen und Verkehrsmitteln im Warenabkommen umfassen 11% der kommerziellen Maschinenausfuhr Österreichs. Ins-

### Ablöselieferungen und Gesamtausfuhr im Jahre 1958

	Kommerzielle Ausfuhr		Ablöselieferungen		Gesamte Ausfuhr (kommerz. + Ablöselieferungen)	
	Mill. S	%	Mill. S	Mill. S	Mill. S	%
Ernährung	1.094,1	4,6	—	1.094,1	4,4	
Getränke und Tabak	53,3	0,2	—	53,3	0,2	
Rohstoffe	5.083,1	21,3	—	5.083,1	20,3	
Mineralische Brennstoffe	533,8	2,2	490,2	1.024,0	4,1	
Tierische u. pflanzl. Öle u. Fette	7,5	0,0	—	7,5	0,0	
Chemische Erzeugnisse	1.025,2	4,3	33,1	1.058,3	4,9	
Halb- und Fertigwaren	11.256,6	47,2	223,2	11.479,8	45,2	
Maschinen und Verkehrsmittel	3.576,1	15,0	416,4	3.992,5	16,0	
Sonstige Fertigwaren	1.200,2	5,0	11,9	1.212,1	4,8	
A. N. G. Waren	34,4	0,2	—	34,4	0,1	
Insgesamt	23.864,3	100,0	1.174,8	25.039,1	100,0	

gesamt (kommerzieller Verkehr und Ablöselieferungen) hat die Sowjetunion 17% aller von Österreich ausgeführten Maschinen und Verkehrsmittel

erhalten, die 39% der gesamten Lieferungen in die Sowjetunion betragen (47% im kommerziellen Export in die Sowjetunion allein).

## Insolvenzen im Jahre 1958

Die Insolvenzen bewegen sich im allgemeinen im Rhythmus der Konjunktur. Dies gilt jedoch vor allem für größere langfristige Veränderungen der Konjunkturlage. Kleinere, kurzfristige Schwankungen innerhalb der gleichen Konjunkturphase haben dagegen vielfach nur einen geringen Einfluß auf die Entwicklung der Insolvenzen. Abgesehen davon, daß zwischen Entstehung und Eröffnung der Insolvenz meist längere Zeitspannen liegen, führen vielfach grundlegende Strukturwandlungen und innerbetriebliche Ursachen zu Zahlungsschwierigkeiten, wodurch insbesondere bei einer relativ kleinen Zahl von Insolvenzen Schwankungen entstehen, die unabhängig von der Konjunkturentwicklung sind. So ist mit Beginn des Konjunkturaufschwungs die Zahl der Insolvenzen in den Jahren 1954 und 1955 zunächst stark gefallen, hat aber seither wieder langsam zugenommen.

Wie im Vorjahr nahmen auch im Jahre 1958 nur die Konkurse zu (um 45 oder 9%), die Zahl der Ausgleiche (ohne Anschlußkonkurse) dagegen verringerte sich um 13 oder 5%. Dadurch stieg der Anteil der Konkurse an der Gesamtzahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren von 66% (1957) auf 69%. Während im Vorjahr ursprünglich die Ausgleiche überwogen und sich das Verhältnis erst im Laufe des Verfahrens durch die Anschlußkonkurse änderte, wurden im Jahre 1958 schon mehr Konkurse (434) als Ausgleiche (392) eröffnet.

### Insolvenzen in Österreich<sup>1)</sup>

	1954	1955	1956	1957	1958	1958 in % von 1957
Konkurse	473	427	433	527	572	108,5
Gerichtliche Ausgleiche	412	385	438	428	392	91,6
Anschlußkonkurse <sup>2)</sup>	-77	-135	-140	-161	-138	85,7
Gerichtl. Insolvenzverfahren insg.	808	677	731	794	826	104,0
Außergerichtliche Ausgleiche <sup>3)</sup>	59	46	49	49	51	104,1
Abgewiesene Konkursanträge <sup>4)</sup>	514	543	478	545	513	94,1
Gesamtzahl der Insolvenzen	1.381	1.266	1.258	1.388	1.390	100,1

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — <sup>2)</sup> Ausgleiche die in Konkurse umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind. — <sup>3)</sup> Vom Kreditschutzverband behandelt. — <sup>4)</sup> Mangels Vermögen

junkturlage zusammen. Die Gläubiger gehen gegen ihre Schuldner immer rigorosere vor, da sie annehmen, daß sich Unternehmer, die trotz anhaltendem wirtschaftlichen Aufschwung insolvent wurden, auch später nicht bewähren werden und daher konkursreif sind. Der Ausgleich soll dagegen allgemein nur solchen Unternehmern helfen, die unverschuldet, infolge ungünstiger Sonderumstände, notleidend geworden sind und von denen daher erwartet werden kann, daß sie sich unter besseren wirtschaftlichen Bedingungen wieder erholen werden. Diese strengere Einstellung zu den insolventen Schuldner spiegelt sich auch in dem in letzter Zeit wiederholt geäußerten Wunsch nach einer Änderung des Insolvenzrechtes. Sowohl die verschiedentlich von Gläubigern angestrebte Verschärfung der Ausgleichsordnung (Erhöhung der Mindestquoten, Verkürzung der Erfüllungsfrist, Vermehrung der Einstellungsgründe) als auch die von Juristen vorgeschlagene und von der Wirtschaft befürwortete Reform des Konkursverfahrens und Einführung des zwangsweisen Liquidationsausgleichs<sup>1)</sup> laufen darauf hinaus, die Zahl der Ausgleiche in der bisherigen Form stark zu beschränken.

<sup>1)</sup> Rechtsanwalt Dozent Dr. O. Reimer trat in einem bei der Generalversammlung des Kreditschutzverbandes von 1870 im Mai 1958 gehaltenen Vortrag u. a. dafür ein, bei Konkursen dem Verkauf des ganzen Unternehmens gegenüber den meist üblichen Einzelverwertungen den Vorzug zu geben. Dazu wäre erforderlich, die Fortführung des Unternehmens zu erleichtern und die Befugnisse des Masseverwalters zu vergrößern. Außerdem sollte das Verfahren beschleunigt werden und die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge oder aufgehobenen Konkursverfahren automatisch zum Verlust der Gewerbeberechtigung führen. Aber auch im Ausgleichsverfahren sollten die Gläubiger die Möglichkeit haben, den Schuldner zu einem Liquidationsausgleich zu zwingen und sein Vermögen nach ihrem Ermessen zu verwerten. Eine vom Kreditschutzverband zu diesen Vorschlägen veranstaltete Enquete bei seinen Mitgliedern brachte überwiegend positive Antworten. So sprachen sich u. a. für den zwangsweisen Liquidationsausgleich 82% und für den Verlust der Gewerbeberechtigung infolge eines mangels Masse abgewiesenen Konkursantrages oder aufgehobenen Konkursverfahrens die weit aus überwiegende Mehrheit der Befragten aus.

Das zunehmende Überwiegen der Konkurse hängt vor allem mit der allgemein günstigen Kon-

Stärker als die Zahl der Fälle sind aber die *finanziellen Verluste* gestiegen, die von den Insolvenzen verursacht wurden. Nach den Feststellungen des Kreditschutzverbandes und einer Erhebung des Institutes bei rund 120 Insolvenzen haben zwar die Passiven je Fall im Durchschnitt kaum zugenommen. Es gab aber einige ganz große Insolvenzfälle (ein Stahlwerk allein mit 400 Mill S), die in die Durchschnittsbildung nicht einbezogen worden sind und die gesamte Schuldensumme von knapp 600 Mill S im Jahre 1957 auf mindestens 1 Mrd S im Jahre 1958, also um fast 70%, erhöht haben. Der höheren Schuldensumme standen außerdem geringere Vermögensteile gegenüber, weil der Anteil der Konkurse zugenommen hat. Aber auch bei den Ausgleichen waren die Passiven weniger durch Aktiven gedeckt (75%) als im Vorjahr (80%). Dennoch wurden im Durchschnitt (gewogen mit der Höhe der Forderungen) etwa gleich hohe Quoten vereinbart wie im Vorjahr (55%). Die Fristen für die Erfüllung dieser Quoten waren durchschnittlich sogar etwas kürzer (9 bis 13 Monate) als im Jahre 1957 (11 bis 13 Monate). Die relativ hohen Ausgleichsquoten und kürzeren Erfüllungsfristen trotz schlechteren Vermögensverhältnissen der Unternehmungen sind ein weiterer Beweis für das rigorosere Vorgehen der Gläubiger gegen insolvente Schuldner.

#### Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>

Wirtschaftszweig	Konkurse		1958 in % von 1957	Ausgleiche		1958 in % von 1957
	1957	1958		1957	1958	
Industrie <sup>2)</sup>	65	79	121,5	69	59	85,5
Großhandel	90	84	93,3	98	81	82,7
Einzelhandel	172	186	108,1	155	141	91,0
Handwerk	140	166	118,6	81	83	102,5
Sonstige <sup>2)</sup>	60	57	95,0	25	28	112,0
Insgesamt	527	572	108,5	428	392	91,6

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 — <sup>2)</sup> Einschließlich Bauunternehmungen — <sup>3)</sup> Auch Private

Die Insolvenzen haben sich in den einzelnen *Wirtschaftszweigen* sehr ungleich entwickelt. Im Gegensatz zum Vorjahr schnitt im Jahre 1958 das Handwerk mit 249 gerichtlichen Insolvenzverfahren (Konkurse und Ausgleiche zusammen) relativ am schlechtesten ab (+ 13%). Dagegen hat die Zahl der notleidenden Betriebe in der Industrie (einschließlich Bauunternehmungen) nur um 3% zu- und im Großhandel sogar um 12% abgenommen. Im Einzelhandel wurden ebenso wie im Vorjahr 327 Ausgleiche und Konkurse gezählt. Die verhältnismäßig starke Zunahme der Zahlungseinstellungen im Handwerk entfällt hauptsächlich auf

Metallverarbeitung, Elektrotechnik und Bekleidungsindustrie. Sie erklärt sich hauptsächlich aus strukturellen Schwächen in einzelnen Zweigen dieser Branchen (insbesondere Schmiede, Faßbinder, Schuster) und der wachsenden Konkurrenz der Industrie. Diese ist bei nachlassender Konjunktur besonders stark fühlbar, da ein Rückgang der Aufträge zunächst die kleineren und schwächeren Betriebe trifft.

Obwohl die Investitionstätigkeit in den Jahren 1957 und 1958 ziemlich lebhaft war, sind die Insolvenzen gerade in verschiedenen Investitionsgüterbranchen (Metallverarbeitung, Bauwirtschaft, elektro- und chemisch-technische Erzeugnisse) relativ stark gestiegen (um 8 bis 13%). Dagegen wurden im Textil- und Bekleidungssektor trotz ungünstigen Absatzverhältnissen nur 3% mehr Konkurse und Ausgleiche registriert als vor einem Jahr. In allen anderen Branchengruppen ist die Zahl der Insolvenzen gesunken. Erfahrungsgemäß hängt jedoch die *branchenmäßige Entwicklung* der Insolvenzen weniger mit der Konjunkturlage im betreffenden Jahr zusammen, als vielmehr, infolge der Zeitspannen zwischen Entstehung und Eröffnung der Insolvenz, mit jener in den Jahren vorher. So dürfte der Zuwachs der Insolvenzen in den Investitionsgüterbranchen vielfach noch auf das Nachlassen der Investitionen im Jahre 1956 zurückgehen, während sich die im Jahre 1958 schwache Nachfrage nach Textilien und Bekleidung vermutlich erst im Jahre 1959 oder noch später auswirken wird. Da außerdem die eigentlichen Ursachen der Insolvenzen meist in ungesunden innerbetrieblichen Verhältnissen liegen (geringe Eigenkapitalbasis, zu hohe Privatentnahmen, Streit von Gesellschaftern, Fehldispositionen bei Einkauf oder Produktion u. ä.), die durch äußere wirtschaftliche Umstände nur verstärkt oder gemildert werden, ist der Zusammenhang zwischen branchenmäßiger Konjunktur- und Insolvenzentwicklung meist sehr lose.

#### Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Bundesländern<sup>1)</sup>

Bundesland	Konkurse		1958 in % von 1957	Ausgleiche		1958 in % von 1957
	1957	1958		1957	1958	
Wien	130	173	133,1	152	137	90,1
Niederösterreich	43	49	114,0	39	32	82,1
Oberösterreich	116	99	85,3	73	59	80,8
Salzburg	42	56	133,3	31	39	125,8
Steiermark	84	97	115,5	58	54	93,1
Kärnten	38	35	92,1	38	34	89,5
Tirol	49	44	89,8	26	25	96,2
Vorarlberg	16	14	87,5	9	10	111,1
Burgenland	9	5	55,6	2	2	100,0
Insgesamt	527	572	108,5	428	392	91,6

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Branchengruppen<sup>1)</sup>

Branchengruppe	Industrie		Großhandel		Einzelhandel		Handwerk		Zusammen		1958 in % von 1957
	1957	1958	1957	1958	1957	1958	1957	1958	1957	1958	
	Konkurse										
Mineralien	3	5	2	3	—	—	—	1	5	9	180 0
Metalle und Edelmetalle	12	12	10	13	13	9	14	25	49	59	120 4
Holz	4	12	25	17	1	1	24	21	54	51	94 4
Elektro- und chemisch-technische Artikel	4	5	4	10	15	16	13	20	36	51	141 7
Bau	25 <sup>2)</sup>	23 <sup>2)</sup>	1	4	—	—	5	8	31	35	112 9
Lebens- und Genußmittel	4	4	20	9	35	41	54	57	113	111	98 2
Textilien, Bekleidung, Leder	12	14	15	16	53	56	25	30	105	116	110 5
Papier, Druck und Verlag	1	3	6	4	3	4	4	3	14	14	100 0
Glas-, Parfümerie-, Kurzwaren	—	1	2	5	9	3	1	1	12	10	83 3
Gemischwaren	—	—	5	3	43	56	—	—	48	59	122 9
Insgesamt	65	79	90	84	172	186	140	166	467	515	110 3
	Ausgleiche										
Mineralien	3	1	4	1	—	—	1	—	8	2	25 0
Metalle und Edelmetalle	12	14	11	10	10	12	16	16	49	52	106 1
Holz	10	8	15	10	1	4	9	10	35	32	91 4
Elektro- und chemisch-technische Artikel	5	3	9	8	12	10	7	6	33	27	81 8
Bau	14 <sup>2)</sup>	11 <sup>2)</sup>	3	4	—	—	1	3	18	18	100 0
Lebens- und Genußmittel	6	4	8	17	28	21	33	28	75	70	93 3
Textilien, Bekleidung, Leder	16	17	30	25	69	63	14	20	129	125	96 9
Papier, Druck und Verlag	1	1	4	1	2	1	—	—	7	3	42 9
Glas-, Parfümerie-, Kurzwaren	2	—	3	1	—	3	—	—	5	4	80 0
Gemischwaren	—	—	11	4	33	27	—	—	44	31	70 5
Insgesamt	69	59	98	81	155	141	81	83	403	364	90 3

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — <sup>2)</sup> Baustoffindustrie und Bauunternehmen

Von den *Bundesländern* schnitten Salzburg, Wien und Steiermark am schlechtesten ab. Die Zahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren stieg dort um 30%, 10% und 6%, während sie in den übrigen

Bundesländern durchwegs sank. Die Zunahmen verteilen sich auf nahezu alle Wirtschaftszweige und Branchen und dürften mehr zufalls- als konjunkturbedingt sein.

## Die Verteilung der ERP-Kredite im österreichischen Fremdenverkehr

Die ERP-Kredite für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft waren im Jahre 1957/58<sup>1)</sup> mit 112 Mill. S wieder relativ hoch. 1956/57 war ein gleich hoher Betrag eingeräumt worden. Auch im Vergleich mit den ERP-Krediten an Industrie und Gewerbe, die in den Jahren 1957 und 1958 333 Mill. S und 787 Mill. S erhielten, ist die Jahresquote beachtlich. Allerdings muß die sehr schwache Zuteilung in den Fremdenverkehr in den Jahren von 1948 bis 1956 mit durchschnittlich 50 Mill. S jährlich und 411 Mill. S insgesamt gegen 8 557 Mill. S an Industrie und Gewerbe berücksichtigt werden. Durch die bessere Dotierung in den beiden letzten Jahren erhöhte sich die Kreditsumme auf 662 Mill. S, das sind 7% der an Industrie und Gewerbe eingeräumten Kredite (9 678 Mill. S). Für das Jahr 1958/59 wurden von den US-Behörden noch keine Mittel freigegeben; es ist jedoch mit

einer gleich hohen Summe wie im Berichtsjahr zu rechnen.

## Investitionen im Fremdenverkehr

(Stand 31. Dezember 1958)

	Mill. S	Anteile	
		Insgesamt	Kredite
		%	
ERP-Kredite <sup>1)</sup>	661 6	20 8	85 0
Bankenaktion	94 4	3 0	12 1
SAC-Anleihemittel	22 3	0 7	2 9
Summe der Kredite	778 3	24 5	100 0
Eigenmittel im Zusammenhang mit den Krediten <sup>2)</sup>	400 0	12 6	—
Sonstige private Investitionen <sup>2)</sup>	2 000 0	62 9	—
Summe der Eigenmittel <sup>2)</sup>	2 400 0	75 5	—
Summe der Investitionen	3 178 3	100 0	—

<sup>1)</sup> Auszahlungsermächtigungen. — <sup>2)</sup> Schätzung.

Außer den 662 Mill. S ERP-Mitteln erhielt der Fremdenverkehr aus der sogenannten Bankenaktion<sup>2)</sup> 94 Mill. S und aus den SAC-Anleihemitteln 22 Mill. S Kredite, davon 10 3 Mill. S für ein Hotelprojekt in Wien. Auf Eigenmittel, die gemäß

<sup>1)</sup> Die ERP-Kredite werden von den US-Behörden im August/September freigegeben, die Auszahlungen erstrecken sich dann bis Mitte des folgenden Jahres.

<sup>2)</sup> Sie wurde Ende 1957 abgeschlossen.

den ERP-Kreditbedingungen aufgebracht werden mußten (Pflichtbeitrag), entfallen rund 400 Mill. S. Die übrigen Investitionen dürften, nach der Bettenzahl<sup>1)</sup> und dem Seilbahnenbau zu schließen, mindestens 2 Mrd. S betragen. Sie wurden teils zusammen mit ERP-Projekten vorgenommen. Dies gilt vor allem für ERP-Hotelneubauten, bei denen durchschnittlich rund 24 000 S ERP-Kredite auf ein Bett entfielen, gegenüber totalen Investitionen pro Bett von 70 000 bis 120 000 S. Bei den großen Verkehrsprojekten ist der Anteil der ERP-Kredite an den Gesamtkosten noch viel geringer.

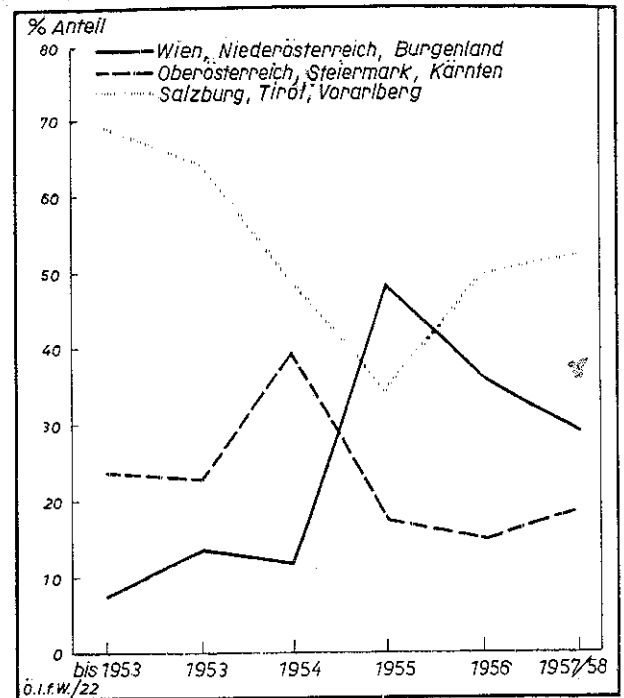
Die regionale Verteilung der ERP-Kredite richtete sich im Berichtsjahr wieder mehr danach, ob die Investitionen Devisen brachten und möglichst geringe Risiken bargen. Diese Kreditpolitik war in den Jahren bis 1954 erforderlich, als es darum ging, einen devisenbringenden Ausländerverkehr möglichst rasch aufzubauen<sup>2)</sup>, sollte aber jetzt für eine gesunde Entwicklung des österreichischen Fremdenverkehrs nicht mehr maßgeblich sein. Sie fördert die weitere Ballung in den Ländern Tirol und Salzburg, wo sich zwar diese Kreditbedingungen am leichtesten erfüllen lassen, vernachlässigt aber den dringenden Ausbau in den anderen Gebieten, durch den allein langfristig Quantität und Qualität des Angebotes gesteigert werden können.

Von den im Jahre 1957/58 vergebenen 110 Mill. S ERP-Krediten erhielten bis 31. Dezember 1958 (Auszahlungsermächtigungen) die Länder Tirol, Salzburg und Vorarlberg 52% gegen 49%, 34% (1955) in den Jahren vorher und 60 bis 70% vor 1955. Die geplante Umschichtung in der Kreditverteilung wurde nur im Jahre 1955 energisch betrieben, seitdem aber praktisch wieder rückgängig gemacht. Von 639 Mill. S Auszahlungsermächtigungen, die bis 31. Dezember 1958 eingeräumt wurden, erhielten die ausgesprochen entwicklungsfähigen Länder Kärnten und Steiermark nur 6 und 8% Tirol, Salzburg und Vorarlberg aber 30%, 18% und 11%. Die Kredite für Verkehrsprojekte 1957/58 wurden zu 64% an Tirol vergeben, die Steiermark erhielt 4%, Kärnten überhaupt keinen Kredit, obwohl Bergbahnen, speziell in Tirol, so rentabel sind, daß genügend Anreiz für private Kapitalinvestitionen bestehen müßte.

<sup>1)</sup> Ende 1957 hatten die österreichischen Beherbergungsbetriebe 256.458 Betten, um 52 581 mehr als im Jahre 1937. Mit ERP-Mitteln wurden bis Ende 1958 17.380 Betten gewonnen. Ein erheblicher Teil des Bettenzuwachses wurde daher mit privaten Mitteln finanziert. Betten in Privatquartieren bleiben unberücksichtigt.

<sup>2)</sup> Vgl. Heft 3, 1958, der Monatsberichte, S. 146

Verteilung der  
ERP-Kredite im Fremdenverkehr  
(Normaler Maßstab; Prozentanteil)



Nach Abschluß des Staatsvertrages war der Anteil der westlichen Bundesländer (Salzburg, Tirol und Vorarlberg) an den ERP-Krediten auf 34% gesenkt worden. Obwohl im Interesse einer größeren Streuung des Fremdenverkehrs auch weiterhin eine Verteilung der ERP-Kredite zugunsten der Entwicklungsgebiete in den anderen Bundesländern zweckmäßig gewesen wäre, wurde in den letzten beiden Jahren der Anteil der westlichen Ländergruppe wieder auf 49% und 52% erhöht.

Die ERP-Kredite sollten die langfristige Fremdenverkehrspolitik unterstützen: Auflockerung der gegenwärtigen Massierung und Förderung der wirtschaftsschwachen Gebiete, sofern sie für den Fremdenverkehr geeignet sind. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß derartige Kredite die Initiative für weitere und meist größere Investitionen wecken. Freilich ist eine Investitionsplanung in den relativ wenig erschlossenen Gebieten schwieriger. Das Risiko wird größer und die Nachfrage muß vielfach überhaupt erst geweckt werden. Auch dürfte der geltende ERP-Zinssatz von 5% zu hoch sein und in den wenigsten Fällen erwirtschaftet werden können. Eine Senkung auf 2 bis 3% wie in der Schweiz sowie Italien und eine 20- bis 30jährige Laufzeit werden erforderlich sein. Italien kennt in Ausnahmefällen sogar Subventionen à fonds perdu, die sich aber meist nach wenigen Jahren durch erhöhte Steuereinnahmen und lokales wirtschaftliches Wachstum bezahlt machen. Oft bedarf es nur etwas

Regionale Verteilung der ERP-Kredite (Auszahlungsermächtigungen)

	Bis 1953	1953	1954	1955	1956	1957/58	Bis 31. XII 1958	Hotel-	davon Verkehrs- sektor	Insges	Anteile Hotel	Verkehr
	Mill. S										%	
Wien	9.2	3.9	2.4	4.6	12.9	17.8	52.9	49.7	3.2	8.3	10.1	2.2
Niederösterreich	5.6	1.4	2.6	15.4	23.6	9.6	57.4	50.8	6.6	9.0	10.3	4.5
Burgenland	5.3	0.3	0.3	3.1	4.5	4.9	18.1	18.1	—	2.8	3.7	—
Summe	20.1	5.6	5.3	23.1	41.0	32.3	128.4	118.6	9.8	20.1	24.1	6.7
Oberösterreich	26.6	1.6	4.8	1.2	5.6	7.5	47.3	35.1	12.2	7.4	7.1	8.3
Steiermark	17.3	5.9	10.8	5.0	7.0	4.9	51.4	42.6	8.8	8.0	8.7	6.0
Kärnten	20.8	2.2	2.2	2.2	4.4	8.1	38.3	37.9	0.4	6.0	7.7	0.3
Summe	64.7	9.7	17.8	8.4	17.0	20.5	137.0	115.6	21.4	21.4	23.5	14.6
Salzburg	59.9	5.0	8.8	5.0	19.8	12.7	112.4	84.8	27.6	17.6	17.2	18.9
Tirol	95.7	19.3	7.8	7.6	22.4	38.3	192.0	121.0	71.0	30.1	24.6	48.5
Vorarlberg	34.7	3.1	5.3	3.7	13.3	6.2	69.1	52.5	16.6	10.8	10.6	11.3
Summe	190.3	27.4	21.9	16.3	55.5	57.2	373.5	258.3	115.2	58.5	52.4	78.7
Österreich insgesamt	275.1	42.7	45.0	47.8	113.5	110.0	638.9	492.5	146.4	100.0	100.0	100.0
Nicht aufteilbare Kredite	22.7	1.3	—	0.2	—	—	22.7	—	—	—	—	—
Insgesamt	297.8	44.0	45.0	48.0	113.5	110.0 <sup>1)</sup>	661.6	492.5	146.4	—	—	—

<sup>1)</sup> Dazu kommen noch 2 Mill. S. ein zu refundierender Vorgriff

umfangreicherer Modernisierungen der Betriebe oder eines Lifts, um die Frequenz zu steigern und eventuell die Saison zu verlängern oder — sofern die natürlichen Voraussetzungen gegeben sind — sogar eine zweite Saison zu ermöglichen. Bei einer Kreditvergabe nach bankwirtschaftlichen Grundsätzen kann diese Aufgabe allerdings kaum gelöst werden. Eine Selektion über den Zinssatz widerspricht diesem Ziel ebenso wie die Kriterien: höchstmögliche Sicherheit oder Verteilung nach der Ausländerfrequenz der einzelnen Bundesländer. Die entwicklungs-fähigen, aber kapitalarmen Gebiete erhalten dann gerade den geringsten Kredit. Soll der ERP-Kredit ein fremdenverkehrspolitisches Instrument sein — und nicht zu einer billigen Kreditquelle für ohnehin kapitalkräftige und bankfähige Betriebe werden, für die er dann nur eine günstige, aber nicht ausschließliche Kreditquelle ist — dann muß er als Aufbaukredit für die Erschließung oder Förderung relativ zurückgebliebener Fremdenverkehrsgebiete vergeben werden.

Die sachliche Verwendung der ERP-Kredite entsprach im Berichtsjahr 1957/58 jener von 1956/57. Das Beherbergungsgewerbe erhielt von den 110 Mill. S 73.5 Mill. S, für Verkehrsprojekte wurden 36.5 Mill. S eingeräumt. Der im Vergleich zu früheren Jahren hohe Anteil des Verkehrs (33% gegen 17%) entspricht vor allem der Forderung der Wintergäste nach Liftanlagen und der Beobachtung, daß die Frequenz durch solche Anlagen schnell gesteigert werden kann; übrigens auch im Sommerverkehr. Insgesamt wurden bisher Verkehrsprojekte mit 146.4 Mill. S finanziert, das sind 22% der Gesamtsumme. Davon entfielen 49% und 19% auf Tirol bzw. Salzburg. Einschließlich der noch nicht begonnenen oder nicht freigegebenen Verkehrsbauten handelt es sich um 3 Bergbahnen,

33 Seilbahnen, 52 Sessellifte und 15 Schlepplifte bzw. Schlitten- und Schrägaufzüge, die durch ERP-Kredite gebaut wurden oder sich im Planungsstadium befinden.

Die Kredite für die Hotellerie entfielen 1957/1958 zu fast gleichen Teilen auf Neubauten und sonstige Investitionen (An-, Um-, Zubauten und Modernisierungen). Bis dahin waren die Neubauten nur zu 22% beteiligt, da bei ihnen der Bettengewinn mit gleich großen Mitteln geringer ist als durch An-, Um- und Zubauten und außerdem das Schwergewicht auf der Modernisierung bestehender Betriebe lag. Diese Investitionspolitik wurde grundsätzlich nicht aufgegeben und es ist daher zukünftig wieder mit kleineren Quoten für Neubauten zu rechnen. Insgesamt wurden bis Ende 1958 den Hotels 493 Mill. S Kredite eingeräumt, davon 26% für Neubauten, in denen rund 5.400 Betten gewonnen wurden.

Sachliche Gliederung der ERP-Kredite

(Stand 31. Dezember 1958)

	Zahl der Betriebe	Kredit- summe Mill. S	ØKredit je Betrieb 1.000 S	Anteile Insges. Hotelsektor %
Hotelsektor				
Modernisierungen An- Um- und Zu- bauten	836	318.8	381.3	48.2
Neubauten	61	128.5	2.106.7	19.4
Kurhäuser	6	11.7	1.958.3	1.8
Preisbillige Betriebe	403	26.0	64.6	3.9
Sanitäre Anlagen	253	7.5	29.5	1.1
Hotelsektor insgesamt	1.559	492.5	315.9	74.4
Verkehrssektor	99	146.4	1.478.4	22.1
Werbung Subventionen	—	22.7	—	3.5
Gesamt	1.658	661.6	—	100.0

Für sonstige Investitionen verwendete die Hotellerie 364 Mill. S. Es konnten dadurch rund 12.000 Betten in An-, Um- und Zubauten gewonnen und Hotelraum für 35.000 Betten modernisiert werden.